

# Leben retten unter Lebensgefahr

Menschen in Not zu helfen wird immer gefährlicher. Alleine 2014 wurden 120 Entwicklungshelfer bei Anschlägen getötet, 88 verletzt und 121 entführt. Die Zentralafrikanische Republik ist für Helfer eines der riskantesten Einsatzgebiete.

Von WZ-Korrespondent  
Philipp Hedemann

**Bangui.** Georg Dörken hat nur Sekunden Zeit, um eine Entscheidung zu treffen, die über Leben und Tod entscheidet. Soll der Fahrer Gas geben? Soll er anhalten? Dörken ruft: „Stopp!“ Die beiden Geländewagen der Welthungerhilfe kommen neben zwei blutüberströmten Männern zum Stehen. Der eine hat den anderen mit seinem Motorrad erfasst, als er über die Straße gehen wollte. Mittlerweile hat sich eine schreiende und weinende Menschenmenge um die beiden Schwerverletzten gebildet. Eine Notrufnummer gibt es in der Zentralafrikanischen Republik nicht, außerhalb der Hauptstadt Bangui nur wenige Krankenwagen. Dörken weiß das. Er ist seit knapp zwei Jahren Landesdirektor der Welthungerhilfe in der Zentralafrikanischen Republik. Vorsichtig lässt er die beiden stöhnenden Männer einladen. Dann gibt der Fahrer Gas.

„Wären wir vorbeigefahren, wären sie auf der Straße verblutet. Sterben sie auf dem Weg zum Krankenhaus in unseren Autos, machen die Angehörigen uns möglicherweise für ihren Tod verantwortlich. Das kann für meine Mitarbeiter und mich gefährlich werden. Aber ich kann sie doch nicht einfach liegenlassen“, sagt Dörken. Eine halbe Stunde später erreichen die Welthungerhilfe-Autos ein Krankenhaus in Bangui. Die beiden Verletzten leben.

## „Ich bin kein Adrenalinjunkie“

Georg Dörken ist es gewohnt, in gefährlichen Situationen schnell zu entscheiden. Seit 22 Jahren arbeitet er in Kriegs- und Krisengebieten Afrikas. „Ich bin kein Adrenalinjunkie, aber wer sich für die humanitäre Hilfe entscheidet, muss bereit sein, gewisse Risiken auf sich nehmen“, sagt er. Dörken weiß, wovon er spricht. Er wurde schon von Kindersoldaten bedroht, von Rebellen beschossen und wäre beinahe auf eine Panzerabwehrmine gefahren. Mehrfach wurde das Büro der Welthungerhilfe in Bangui angegriffen, Kollegen von schwerbewaffneten Banditen überfallen, Mitarbeiter anderer Hilfsorganisationen sogar getötet.

Dörken hat gelernt, mit der Gefahr klarzukommen. Während des Genozids in Ruanda lebt er mit seiner Frau Barbara, seiner Tochter Djeneba und seinem Sohn Malik im Ostkongo. Um die Schreie der Sterbenden aus dem angren-



„Überzeugungstäter und Gerechtigkeitsfanatiker“ Georg Dörken arbeitet seit 22 Jahren in Krisengebieten Afrikas. Foto: Hedemann

zenden Ruanda nicht zu hören, müssen die Dörkens manchmal ihre Stereoanlage ganz aufdrehen. Im See treiben Leichen, Verwesungsgestank liegt in der Luft.

Nachdem sie im Ostkongo zwei Tage unter Artilleriebeschuss ausgeharrt haben, gelingt es Dörken, seine Familie ausfliegen zu lassen. Er selbst bleibt in Bukavu, verlässt die umkämpfte Stadt erst mit der letzten Maschine, bevor sie erobert wird. Vier Mal musste er bislang für seine Mitarbeiter und sich Evakuierungen organisieren. „Normalerweise retten die ausländischen Mitarbeiter nur ihren eigenen Arsch und lassen die einheimischen Kollegen zurück. Ich habe das selbst miterlebt und kam mir vor wie der letzte Dreck“, erzählt Dörken. Bei seiner vorerst letzten Evakuierung sorgte er dafür, dass auch alle lokalen Mitarbeiter und ihre Familien in Sicherheit gebracht wurden.

Denn meist sind es lokale Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die im Einsatz verletzt oder getötet werden. Alleine im Jahr 2014 (aktuellere Zahlen liegen nicht vor) wurden laut der britischen Forschungs- und Beratungsgruppe Humanitarian Outcomes 120

Entwicklungshelfer getötet, 88 verletzt und 121 entführt. Insgesamt gab es in 27 Ländern 190 größere Zwischenfälle, von denen 329 Helfer betroffen waren. Die meisten tödlichen Zwischenfälle gab es in Afghanistan, Syrien, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik und in Pakistan.

## Gedenken an getötete Helfer

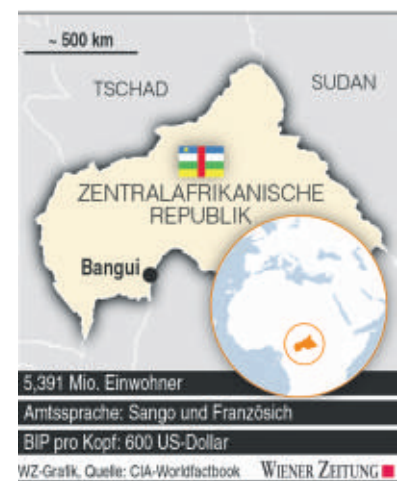
Nachdem am 19. August 2003, 22 UN-Mitarbeiter bei einem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad ums Leben kamen, rief die UNO-Generalversammlung 2008 den 19. August zum Welttag der humanitären Hilfe aus. Der Gedenktag ist Menschen gewidmet, die während ihres Engagements ihr Leben verloren.

130 Millionen Menschen sind derzeit laut Vereinten Nationen auf humanitäre Hilfe angewiesen – so viele wie nie zuvor. Entsprechend viele Helfer sind im Einsatz. Viele von ihnen arbeiten in Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan. Dort ereignete sich am 3. Oktober 2015 einer der schwerwiegendsten Vorfälle der letzten Jahre. In der Nacht bombardierte ein Flugzeug der US-Luftwaffe ein

„Ärzte ohne Grenzen“-Krankenhaus in Kundus. Bei dem Angriff starben 30 Menschen, darunter 13 Angestellte der Hilfsorganisation. Die US-Armee räumte später ein, dass Einsatzregeln nicht eingehalten wurden, mehrere US-Soldaten wurden suspendiert. „Das Bombardement war eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts“, sagte Florian Westphal, Geschäftsführer von „Ärzte ohne Grenzen Deutschland“, nach dem Luftangriff. Er forderte auch im Krieg die Einhaltung von Regeln, die Zivilisten schützen und humanitären Helfern ihre Arbeit ermöglichen sollen.

Die getöteten „Ärzte ohne Grenzen“-Mitarbeiter hatten sich freiwillig in den gefährlichen Norden Afghanistans begeben, um – trotz der erheblichen Risiken – Menschen in Not zu helfen. Auch Georg Dörken hätte kein Leben in Bürgerkriegsländern führen müssen, hätte Jobs in weniger gefährlichen Ländern oder in der Welthungerhilfe-Zentrale in Bonn annehmen können. Er entschied sich dagegen. „Ich bin Überzeugungstäter und Gerechtigkeitsfanatiker. Es mag naiv klingen, aber ich möchte mit meiner Arbeit hel-

fen, die Welt ein kleines Bisschen besser zu machen“, erzählt der 63-Jährige in seinem spartanisch eingerichteten, stickigen Zimmer in Bangui, während ein tropischer Gewitterschauer aufs Wellblechdach trommelt. Dabei muss der Idealist auch immer wieder Rückschläge hinnehmen. Dörken: „Wenn man in Kriegs- und Krisengebieten arbeitet, muss man damit rechnen, dass das, was man aufgebaut hat, wieder zerstört werden kann. Aber das kann doch kein Argument dafür sein, dass wir Menschen in schwierigen Situationen alleine lassen.“ ■



## KURZ NOTIERT

**Trump misstraut Geheimdienst.** Der Republikaner Donald Trump will sich im Fall seiner Wahl zum Präsidenten nicht voll auf die US-Geheimdienste verlassen. Sie hätten in der Vergangenheit „schlechte Entscheidungen“ getroffen. Trump hatte am Mittwoch das erste Briefing mit geheimen Informationen erhalten, die er als US-Präsident bräuchte. Mit dem bisherigen Chef der ultrakonservativen Website „Breitbart News“, Stephen Bannon, hat Trump sich nun zudem einen neuen Wahlkampfstrategen ins Boot geholt. Er dürfte Trumps Kampagne weiter verschärfen.

**Großbrazzia bei Firmen in Türkei.** Bei der Fahndung nach mutmaßlichen Unterstützern des islamischen Predigers Fethullah Gülen hat die türkische Polizei am Donnerstag erneut mehrere Unternehmen durchsucht. Bei der Razzia in Istanbul und anderen Provinzen sollten 187 Haftbefehle vollstreckt werden, wie der TV-Sender CNN Türk berichtete. Etwa tausend Beamte waren demnach an dem Einsatz beteiligt. Türkische Ermittler hatten bereits am Dienstag dutzende Unternehmen in Istanbul durchsucht und etwa hundert Menschen in Gewahrsam genommen.

**Suche nach Brüssel-Attentätern.** Im Zusammenhang mit den Anschlägen von Brüssel fahnden die belgischen Behörden fieberhaft nach einem Cousin der Brüder El Bakraoui, die sich am 22. März in die Luft gesprengt hatten. Dem 32-jährigen Oussama Atar wird vorgeworfen, an den Anschlägen beteiligt gewesen zu sein. Atar ist laut Ermittlern einer der „am meisten gesuchten“ Menschen in Belgien und Europa. Der Belgier mit marokkanischen Wurzeln saß mehrere Jahre im Gefängnis, unter anderem in Abu Ghraib. Nach seiner Freilassung ging er im September 2012 nach Belgien.

**Tödlicher Angriff in Kaschmir.** Bei einem erneuten Rebellenangriff in Kaschmir sind in der Nacht auf Mittwoch drei indische Sicherheitskräfte getötet worden. UNO-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad al-Husein beklagte, dass ihm Indien und Pakistan Zutritt zu der geteilten Himalaya-Region verwehrten, um Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen zu prüfen. In Kaschmir sind die schwersten Unruhen seit 2010 ausgebrochen, nachdem der beliebte Rebellenführer Burhan Wani von indischen Sicherheitskräften erschossen worden war. Mehr als 60 Zivilisten wurden getötet.

**Polnisches Verfassungsgericht.** Im Streit um die Unabhängigkeit des polnischen Verfassungsgerichts hat die Staatsanwaltschaft am Donnerstag Ermittlungen gegen den Vorsitzenden des Tribunals eingeleitet. Andrzej Rzeplinski wird vorgeworfen, drei vom Parlament gewählte Richter daran gehindert zu haben, ihr Amt auszuüben. Die regierende PiS-Partei hatte von der Vorgängerregierung ernannte Juristen gegen eigene Richter ersetzen wollen. Polens Verfassungsgericht stufte das mehrmals als unrechtmäßig ein, doch die Regierung erkennt die Entscheidung bisher nicht an.